

**Christel Neusüß**

**Welche neuen gesellschaftlichen Momente bestimmen die gegenwärtige ökonomische Stagnationsphase ?**

**Einige Fragestellungen und Hypothesen**

Obwohl inzwischen wieder positive Wachstumsraten im zyklischen Aufschwung zu verzeichnen sind, ist das Bewußtsein, sich in einer Krisen- und Stagnationsphase zu befinden, seit dem Konkurrentenbruch von 1974 nicht mehr geschwunden. Offensichtlicher Ansatzpunkt dieses Bewußtseins ist das Anhalten der Arbeitslosigkeit trotz neuerlicher Brutto-sozialprodukts- und Investitionszuwachsrate. Aber auch die um sich greifende Befürchtung, der gewonnene Zuwachs könne mit zu hohen und womöglich unwiederbringlichen Kosten der Zerstörung von Natur und von menschlichen Fähigkeiten verbunden sein, läßt eine ungebrochene Hoffnung auf weitere Zuwächse als Mittel der Krisenlösung nicht zu. Krise und Stagnation tragen entscheidend neue Züge gegenüber der letzten historischen Epoche, in welcher die fortschrittliche Wirkung der kapitalistischen Produktion in Frage stand, der Krise der 30er Jahre. Dazu einige Thesen:

### **1. Krise, Weltmarkt und Nationalstaat**

Die Krise nimmt bisher nicht die Form katastrophischer Zusammenbrüche der Produktion an, wie dies 1929/30 der Fall war. Dabei sind u.a. folgende Momente zu beachten:

Die Krisen des 19. Jahrhunderts und auch die Krise der 30er Jahre sind in ihrem Verlauf durch die plötzliche Entwertung großer Massen des Börsen- und Bankkapitals gekennzeichnet. Der Geldrise geht die Verwertungskrise industrieller Kapitale voraus, doch die Heftigkeit des Krisenausbruchs ist dann durch den Zusammenbruch des Kredits bestimmt, durch welchen auch Einzelkapitale, welche in der sich entwickelnden Verwertungskrise des industriellen Kapitals noch unbehelligt geblieben waren, durch Multiplikatorwirkung in die Krise hineingezogen werden. Der Zusammenbruch des internationalen Kredits verleiht der Krise die Dynamik eines Schneeballeffekts. Heute bestehen demgegenüber sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene institutionelle Vorkehrungen, über welche unterschiedliche Formen der staatlichen oder halbstaatlichen Stützung zahlungsunfähiger Industrieunternehmen, Banken und Länder organisiert werden können. Zu fragen wäre natürlich, ob internationale Währungsspekulationen im Zusammenhang der progressiven Ablösung des Dollars als Weltwährung zu ähnlichen Katastrophen wie zu Beginn der 30er Jahre führen können. Welche staatlichen und suprastaatlichen institutionellen Hemmnisse stehen einem katastrophenträchtigen Wuchern der Währungsspekulation entgegen? Wie ist ihre Wirksamkeit einzuschätzen?

Dem Zusammenbruch des internationalen Kredits entsprach im Gefolge der 30er Jahre die Entwicklung politischer Strategien, die die nationale Krise durch Devisenbeschränkungen und scharf protektionistische Maßnahmen, im Faschismus dann durch Rückkehr zu nationaler Autarkie zu steuern suchten und damit den Verfall des Weltmarktes mit sämtlichen krisenverschärfenden Momenten vorantrieben. Natürlich verstärken sich auch heute zunächst protektionistische Tendenzen, aber ihr Umfang ist unvergleichlich geringer als in der Weltwirtschaftskrise. Die materielle Basis für eine solche Politik in der Existenz eines gesicherten großen Marktes (USA, Frankreich und England – Kolonien, Deutschland hatte die Hoffnung auf imperialistische Eroberungen) fehlt. Für die westeuropäischen Länder wäre es beim gegebenen Grad der ökonomischen Verflechtung auch tödlich, sich aus den internationalen Zusammenhängen lösen zu wollen. Die Aufrechterhaltung des Weltmarktzusammenhangs unter Krisenbedingungen läßt allerdings nun die Wirkungen der internationalen Konkurrenz voll zur Geltung kommen. Dies läuft voraussichtlich auf eine verstärkte internationale Arbeitsteilung hinaus. Die im Weltmaßstab schwächeren Kapitale werden liquidiert, die technologisch und arbeitsorganisatorisch „fortgeschrittensten“ Kapitale gewinnen weiter Boden (1). Zwar hat der Außenhandel seit der Krise 74/75 auch nur eine mäßige Entwicklung, übrigens mit starken Schwankungen, es ist aber kein Vergleich zur Desintegration des Weltmarktes in der Krise 1930 ff. möglich. Die Handlungsfähigkeit der nationalen Staaten einen eigenständigen Weg aus der Krise zu suchen, ist entscheidend eingeschränkt, was ja innerhalb kapitalistischer Bedingungen nicht notwendig negativ eingeschätzt werden muß, denkt man an die autarke faschistisch-imperialistische Lösung in Deutschland. Die multinationale Existenz des industriellen Kapitals wirkt zusätzlich in die Richtung der Herstellung industrieller Durchschnittsbedingungen auf Weltmarktebene. Die in Produktivität und Durchkapitalisierung zurückgebliebenen Länder sind – übrigens im Unterschied zu den 30er Jahren – relativ am schärfsten von den Krisenwirkungen betroffen (Italien, in anderer Weise England). Die Weltmarktkrise bewirkt unmittelbar einen neuen Schub in der Durchsetzung der entwickelten Produktivität bei gleichzeitiger Vergrößerung einer rationalisierungsbedingten Arbeitslosigkeit. Das Funktionieren des Weltmarktes bewirkt aber auch, daß arbeitsintensive Industriezweige in Länder mit niedrigem Lohnniveau ausgelagert werden, da selbst hohes technologisches Niveau nicht Garant der Konkurrenzfähigkeit ist, wenn es verbunden ist mit einem hohen Lohnniveau.

So das Resultat. Doch wie vermittelt sich dieses Resultat im Verhältnis der verschiedenen nationalen Ökonomien zueinander? Rückblickend wird heute häufig

---

1 Vgl. demgegenüber Elektroindustrie und Chemieindustrie in Deutschland 1930 ff., die aufgrund des Zerfalls des Weltmarkts in eine autark-faschistische Richtung getrieben werden, obwohl sie außerordentlich konkurrenzfähig aufgrund entwickelter Produktivität waren. Der Versuch Brünnings, durch Deflationspolitik die Löhne zu senken, die Gewinnspannen zu erhöhen und die Weltmarktpreise stabil zu halten, um auf diese Weise eine Regeneration des deutschen Kapitals durch Eroberung von Weltmarktpositionen zu organisieren, schlug bekanntlich fehl. Sie scheiterte u. a. an der um sich greifenden Devisenbewirtschaftung und den Zollerhöhungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt.

die Regierung Brüning dafür gerügt, daß sie deflationiert habe, statt durch Anhebung der staatlichen den Ausfall der privaten Nachfrage zu steuern. Eine scharfe Zuspitzung der Klassegegensätze im Innern war bekanntlich mit der Deflationspolitik Brünings verbunden. Die nachträglich empfohlene Politik hätte aber die Gefahr von Preissteigerungen und Währungsverfall zur Folge gehabt, was die Kreditwürdigkeit Deutschlands weiter geschwächt hätte. Die Deflationspolitik Brünings bildete den Versuch, dem deutschen Kapital den Zugang zum Weltmarkt und zum internationalen Kredit offen zu halten. Demgegenüber haben heute Länder, die auf internationale Kreditierung angewiesen sind, größere Spielräume keynesianistischer Krisenregulierungsversuche, da im Unterschied zu den 30er Jahren ein internationales ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der nationalen Ökonomien existiert (vgl. die staatlich abgestützten Kredithilfen für Großbritannien und Italien). Auch wenn dann *Austerity Politik* (2) als Bedingung der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit nationaler Kapitale früher oder später notwendig zu werden scheint, führt Inflationierung der nationalen Währung nicht automatisch zur Destruktion der internationalen Geld-, Waren- und Kapitalbeziehungen, wie dies 1930 ff. noch der Fall gewesen zu sein scheint. Die viel kritisierte Inflation hat heute sicherlich die heilsame Funktion, den Entwertungsprozeß von Kapital zu verlangsamen und damit katastrophische Kriseneinbrüche zu verhindern (3). Durch allmähliche Umverteilung zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Kapitalen, zwischen Lohn und Profit werden klassische Krisenfunktionen mit dem Mittel der Inflation durchgesetzt. Bei drohendem Überschwappen der Inflationsraten haben sich bisher die nationalen Gewerkschaften dazu bereit erklärt, den Versuch zu machen, durch Zurückhaltung in den Lohnforderungen einen Beitrag zur Stabilisierung der Währung zu leisten bis hin zur freiwilligen Hinnahme von Rückgängen des Reallohns (vgl. England). Anders gesagt, die klassisch über das Fallen der Marktpreise bewirkten, mit katastrophenartigen Produktionseinbrüchen verbundenen Entwertungsprozesse werden teils durch Inflation, teils durch konzertierte Aktionen, teils durch staatliche Subventionierung von besonders krisenbetroffenen Industriezweigen in langwierig stagnativ vorangehende Phasen der Entwertung und Umstrukturierung des Kapitals transformiert. Die Verlangsamung der im Zusammenhang der Weltmarktkonkurrenz notwendig erscheinenden Entwertungen, Umstrukturierungen und Rationalisierungen der nationalen Kapitale birgt nun allerdings die Gefahr des Rückfalls in der internationalen Konkurrenz in sich. Die nationale Wirtschaftspolitik auch der schwächeren Länder wird dann wieder zu Maßnahmen der Förderung fortgeschrittener, konkurrenzfähiger Technologien und Produktionszweige provoziert, zur Beendigung der Subventionierung im Weltmaßstab zurückgebliebener Branchen (4). Dies bedeutet aber auch: Rücknahme keynesianistischer Politik

- 
- 2 Vgl. dazu genauer: E. Altwater, Politische Implikationen der Krisenbereinigung – Überlegungen zu Austerity Tendenzen in Westeuropa, in: Prokla Nr. 32, S. 43 ff.
  - 3 Vgl. dazu Altwater / Hoffmann / Künzel / Semmler, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: Prokla Nr. 17/18, S. 237 ff.
  - 4 Vgl. die gegenwärtigen Konflikte in Frankreich um die Liquidierung von Teilen der Stahlindustrie oder auch die Befürwortung eines Konzepts stärkerer Mobilität der Arbeitskräfte

als Bedingung der Anpassung der nationalen Ökonomie an die internationale Konkurrenz.

Gegenwärtig ist die Situation in den westeuropäischen Ländern dadurch gekennzeichnet, daß allgemein von der Notwendigkeit einer staatlichen Politik ausgegangen wird, welche auf eine „Restrukturierung“ des Kapitals im Rahmen internationaler Konkurrenz zielt. Sei es, daß die Subventionierung nicht mehr konkurrenzfähiger Industriezweige zurückgeschraubt wird, sei es durch Verminderung der Besteuerung, um auf diese Weise dem Kapital zusätzlichen Profitspielraum zu verschaffen, sei es durch direkte Subventionierung technologischer Erneuerung und Entwicklung in einzelnen Industriezweigen. Zumeist handelt es sich um eine Kombination der Maßnahmen, welche dann sämtlich unter dem Begriff „Strukturpolitik“ laufen.

Die Bundesrepublik ging im Zurückdrängen des Keynesianismus als wirtschaftspolitische Ideologie und Praxis voran. Ihre seit 1974 eher neoklassisch als keynesianisch auf Weltmarktexpansion ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat inzwischen auch die kapitalistischen Nachbarstaaten unter Zugzwang gesetzt und dort den Spielraum alternativer Wirtschaftspolitik weiter verengt.

Das BRD-Kapital mit hochentwickelter Produktivität und vergleichsweise geringem Umfang unter Weltmarktniveau produzierender Industriezweige konnte sich die Hoffnung machen, durch Forcierung der Rationalisierung von der „reinigenden“ Wirkung der Weltmarktkrise sehr schnell zu profitieren. Demgemäß wurde gerade in der Bundesrepublik der Keynesianismus schon zu Beginn der Krise in eine Nebenrolle staatlicher Wirtschaftspolitik abgedrängt, die Neoklassik als Theorie der Selbstheilungskräfte des Marktes gewann demgegenüber an Gewicht. Gleichzeitig bildet sich aber mit neuen Namen und neuen Kriterien ein neuer Zweig staatlicher Wirtschaftspolitik heraus: die systematische Förderung technologischer Erneuerung von zukunftsfruchtig erscheinenden Industriezweigen. Verwiesen sei hier auf die Trennung zwischen Bildungs- und Forschungsministerium und auf den politischen Bedeutungszuwachs des letzteren. Das Forschungsministerium wird neben dem Wirtschaftsministerium zu einer neuen wirtschaftspolitischen Instanz. Dabei entstehen gleichzeitig neue Fronten in der Auseinandersetzung um die Funktion des Staates im Prozeß der Restrukturierung der nationalen Ökonomie. Während z. B. der Sachverständigenrat und mit ihm das Wirtschaftsministerium Strukturpolitik über den Markt vermittelt wissen wollen, indem nach allgemeiner Steuerentlastung die Unternehmen dann selbst herausfinden sollen, wo die neuen Investitionen am besten, weil profitabelsten zu tätigen sind, besteht eine eher technokratisch-sozialdemokratische Linie, repräsentiert u.a. durch das Forschungsministerium, auf einer stärker staatlich induzierten und gelenkten technologischen Erneuerung. Gezielte Förderung und Subventionierung von industriellen „Innovationen“ sollen dem politischen Ent-

---

te von Seiten der KPI und der Gewerkschaften in Italien als Alternative zur Verteidigung von Arbeitsplätzen ohne Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit des entsprechenden Industriezweigs. Vgl. auch den Sieg der konservativen Partei in England mit ihrem Programm der Rücknahme staatlicher Unterstützung krisengeschwächter Industriezweige und massiver Steuerentlastung für die höheren Einkommensklassen.

scheidungsträger gleichzeitig Einfluß auf die Richtung der neuen industriellen Struktur verschaffen. Die keynesianische Ideologie geht von einem Staat aus, welche ohne die Richtung der Produktion zu bestimmen und unter Beachtung der Autonomie der Unternehmen, über das Mittel der Ausgaben und Steuerpolitik, Konjunktoren und Krisen als quantitative Auf- und Abwärtsbewegungen steuert bzw. gegensteuert. Orientierungspunkt soll nach ihr ein – von allen Gebrauchswertfragen abstrahierendes – Gleichgewicht der makroökonomischen Entwicklung sein. An diese ‚Neutralität‘ des Staates gegenüber der Entwicklung der stofflichen Struktur des Produktionsprozesses setzt die wiederauflebende Neoklassik an, gibt allerdings gleichzeitig den Anspruch auf eine durch staatliche Nachfrage organisierte konjunkturelle Gegensteuerung auf. Gemäß Sachverständigenrat soll nicht die Staatsnachfrage, sondern die von den Kapitalen selbst unterm Druck der Krise vollzogene Rationalisierung Voraussetzung des Wiederaufschwungs sein. Der durch erzwungene ‚Lohnzurückhaltung‘ und Minderung der staatlichen Steuerlast geschaffene Profitspielraum soll von den Unternehmen genutzt werden, sich auf Weltmarktexpansion auf neuestem technologischen Niveau einzustellen. In der direkten Subvention bestimmter Branchen wird die Gefahr staatlicher Investitionslenkung gewittert.

In der Tat liegt hier ein Problem. Der Staat kann, schlägt er ausnahmslos den Weg der unmittelbaren Förderung von Einzelkapitalen ein, nicht einmal mehr den Anspruch erheben, er würde neutral über diesen Einzelinteressen agieren, wie dies noch bei der Globalsteuerung der Fall war. Als diese 1967 von Schüller aus der Taufe gehoben wurde, wäre auch ein Hamburger Bürgermeister Klose sicherlich nicht auf die Idee gekommen, zu behaupten, an der Stamokaptheorie sei doch etwas richtiges dran.

Es ist übrigens zu beobachten, daß bei denjenigen, die gegenwärtig eine keynesianistische Politik für notwendig halten – ich verweise hier auf das Gegengutachten zum Sachverständigenrat – unter der Hand ein Bedeutungswandel von dem, was unter Keynesianismus zu verstehen sei, sich vollzieht. Im Gegengutachten ist nämlich keineswegs eine struktureneutrale Globalsteuerung gemeint, sondern die Umstrukturierung der Produktion auf eine stärkere Berücksichtigung von Bedürfnissen, die durch Ausweitung der öffentlichen Haushalte und durch Lohnerhöhungen zur Geltung gebracht werden könnten. Wenn das Gegengutachten von der nach wie vor existierenden Notwendigkeit keynesianistischer Politik ausgeht, so setzt es damit doch gleichzeitig einen Alternativvorschlag für die staatliche Strukturpolitik hinsichtlich des Gebrauchswertcharakters ihrer Resultate. Öffentliche Dienstleistungen und Verbesserung des Lebensniveaus als Alternative zur blinden Anpassung an durch internationale Konkurrenz vorgegebene Strukturzusammenhänge. Allerdings wird im Gegengutachten dieses Problem der internationalen Konkurrenz nicht thematisiert.

Vom Sachverständigenrat und vom Wirtschaftsministerium wenigstens wird Mißtrauen sowohl gegenüber der linkskeynesianischen als auch der technokratischen Variante staatlicher Strukturpolitik angemeldet. Die Beeinflussung der stofflichen Struktur der Produktion durch den Staat als bewußtem gesellschaftlichen Entscheidungsträger scheint über die traditionelle Trennung zwischen Staat und gesellschaftlicher Produktion als Privatsache der Möglichkeit nach hinauszuweisen. Sicherlich

bildet heute die Einordnung in die internationale Konkurrenz, d.h. die Unterstützung des naturwüchsigen Gangs der Akkumulation für die genannte technokratische Richtung der Strukturpolitik den entscheidenden Orientierungspunkt.

Zu fragen ist allerdings, ob dieser Verweis auf einen quasi blinden verhängnisvollen Zwangsmechanismus, dem sich der Staat als nun doch bewußte gesellschaftliche Einheit ohne Rücksicht auf Verluste, ohne eine inhaltliche Vorstellung von dem, was unter Fortschritt und Bedürfnisbefriedigung zu verstehen sei, unterzuordnen habe, auf die Dauer Legitimationskraft entfalten kann. Profitmaximierung und internationale Konkurrenz, anders gesagt: die durch keinerlei Sinnorientierung mehr kontrollierte nackte Herrschaft der Kapitalverwertung können als menschengefährdendes Prinzip der Entwicklung erscheinen und die Unterordnung staatlicher Entscheidungen unter dieses Prinzip als fragwürdig. Was bedeutet es, wenn die staatliche Unterstützung bestimmter Industriezweige im Zuge der Strukturpolitik (z. B. als „Technologiepolitik“) weder Arbeitsplätze schafft noch zur Produktion nützlicher Gebrauchswerte führt? Auch der Faschismus praktizierte keineswegs eine keynesianistische Globalsteuerung im Sinne einer gebrauchswertneutralen Regulierung von Konjunkturen und Krisen. Im Gegenteil, seine wirtschaftspolitische Intervention richtete sich eindeutig auf die Förderung bestimmter Industriezweige, der für die Aufrüstung wichtigen. Doch diese Unterstützung bestimmter Industriezweige, das Herausgehen des Staates aus seiner neutralen Aktion gegenüber dem Konkurrenzzusammenhang der privaten Kapitale, wurde keineswegs durch Marktzwänge legitimiert, durch abstrakte Zwänge der Kapitalverwertung, sondern durch eine Ideologie des nationalen „Gebrauchswerts“ und durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Diese Ideologie sprach vom Volk ohne Raum, vom Herrschaftsanspruch der arischen Rasse, von der Beseitigung der Schmach von Versailles, von den gemeinsamen Interessen der Volksgemeinschaft. Die Profitinteressen der Einzelkapitale setzten sich im propagierten Rahmen eines barbarischen nationalen „Allgemeininteresses“ durch. Die Profitinteressen der Einzelkapitale zum offen propagierten letzten Staatszweck zu erklären, dazu gab es keine ideologische Möglichkeit. Die faschistisch-imperialistische Möglichkeit schließt sich heute jedoch aus. Wenn heute bestimmte Industriezweige im Rahmen einer Strukturpolitik gefördert werden, so laufen die Auseinandersetzungen in anderer Weise: Kann auf die weitere Entwicklung der Kernenergie verzichtet werden oder nicht? Wie könnten alternative Energiequellen aussehen? Wie kann der Staat auf die quantitative Seite des Energieverbrauchs Einfluß nehmen? Wie wirkt sich Kabelfernsehen auf die sozialen Beziehungen der Individuen aus? Wie auf die Kindererziehung und damit auf die nächste Generation? Welche Wirkungen hat die Entwicklung der Atomindustrie für die folgenden Generationen? Ist es sinnvoll, den Individualverkehr durch Straßenausbau weiter zu fördern? Wie auch solche Diskussionen angesichts der gegebenen Machtverhältnisse momentan ausgehen mögen, ein Feld der Vergesellschaftung der Politik und der Politisierung der Ökonomie bildet sich heraus, wenn den privaten Kapitalen der Atem in der eigenständigen Entwicklung neuer Produktionszweige oder der Weiterentwicklung alter ausgeht und wenn deren Entwicklung nicht fraglos als Faktor des Fortschritts deklariert werden kann. Die Frage, was zu produzieren sei, um Pro-

duktionsentwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt in Einklang zu bringen, wird zunächst zu einem öffentlich diskutierten Problem. Ob damit wichtige Schritte in die Richtung eines Bewußtwerdens der Notwendigkeit gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktion getan werden, wird sich herausstellen.

Die Erscheinung, daß unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen die Weltmarktkrise wirklich als solche, nämlich in „reinigender Wirkung“ zur Entfaltung kommt, bildet m. E. die wesentliche Basis für die Zurückdrängung des Keynesianismus als wirtschaftspolitischer Ideologie. Festzuhalten ist, daß gleichzeitig sowohl nationalistisch-imperialistischen Krisenlösungsversuchen Schranken gesetzt sind, aber auch nationalstaatlich-sozialistischen. Der Optimismus der französischen Volksfront und der Einheitswille ihrer Führungskader zerbröselte angesichts einer Situation, wo im Gefolge der Krise 1974 die engen Grenzen einer nationalen Politik sichtbar wurden. Daß der Wahlkampf dann wesentlich unter der Forderung „Selbstverwaltung“ geführt wurde, darin deutet sich die Schwierigkeit an, eine solche national bestimmte sozialistische wirtschaftspolitische Strategie alten Stils glaubwürdig entwickeln und vertreten zu können. Die Leichtigkeit, mit welcher Giscard d'Estaing vor den Wahlen im Fernsehen Mitterrand unqualifizierter wirtschaftspolitischer Strategien zeihen konnte, wie höhnisch in der deutschen Presse vermerkt wurde, ist nur ein Indiz für die immensen Schwierigkeiten, unter den Bedingungen der entwickelten Weltmarktverflechtung ein *sozialistisches Krisenlösungsmodell* in Frankreich, d. h. in einem Land, herauszuarbeiten. Zu diskutieren ist natürlich, daß gerade die Selbstverwaltungsforderungen nun wesentliche Bedeutung gewinnen. Ihre Schwäche liegt allerdings, und das kann von vorneherein gesagt werden, darin, daß sie das Problem der *Planung der Ökonomie* und den internationalen Aspekt dieses Problems nicht thematisieren.

Der zumindest vorübergehende Rückgang des Einflusses der Kommunistischen Partei in Italien und ihre momentane Strategie, wieder in die Opposition zu gehen, hängt m. E. auch mit diesem Problem zusammen: sie konnte nicht die noch stärkere Integration Italiens in die Wirkungen zumindest des westeuropäischen Marktes verhindern. Das Währungsabkommen (EWS), welches für das Verhältnis der westeuropäischen Länder untereinander selbst noch den Schutzmechanismus der Bewegung des nationalen Geldwertes abbaut, indem Wechselkurse festgesetzt werden sollen, setzt Italiens Wirtschaft noch stärker der westeuropäischen Konkurrenz aus. Daß die auch von der KPI propagierte Notwendigkeit einer nationalen Austerity-Politik in nicht viel weniger und viel mehr als einer Verbesserung der italienischen Zahlungsbilanz resultierte, verbaut der Kommunistischen Partei zunehmend die Möglichkeit einer Strategie, Regierungsloyalität als Vorbereitung zur Machtbeteiligung und Massenloyalität der Arbeiter miteinander zu verbinden.

Faßt man diese punktuellen Beobachtungen zusammen, so scheinen sie doch darauf hin zu deuten, daß die kapitalistische Weltmarktkrise diesmal in einige Reinheit sich entfaltet. Die Brechungen der Konkurrenz durch die Existenz nationaler Staaten verlieren an historischer Bedeutung. Der Ruf nach dem *Nationalstaat* als einzig möglichem Subjekt, von welchem man in der großen Weltwirtschaftskrise die

Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwartete, ist verstummt. Die Anpassung der nationalen Kapitale an die Gesetze des internationalen Marktes erscheint als unabdingbare Notwendigkeit. Solange ein Land wie die Bundesrepublik mit ihrer außerordentlich starken Position sich von der Unterordnung staatlicher Wirtschaftspolitik unter die Gesetze der Weltmarktkonkurrenz eine Sicherung der Konjunktur verspricht, wird es den anderen westeuropäischen Ländern umso schwerer sein, andere Entscheidungsmaßstäbe für die Entwicklung ihrer nationalen Industrien durchzusetzen. Mit der gegenwärtigen Hochkonjunktur nationaler „Restrukturierungspolitik“ auf westeuropäischer Ebene hat sich sicherlich das Kräfteverhältnis wieder einmal zugunsten der Kapitalseite verschoben. Doch die Folgen einer solchen Politik sind schon heute abzusehen. Die aus der ja nicht abgestimmten Förderung der nationalen Industrien erfolgende Produktionsausweitung in bestimmten Zweigen birgt schon jetzt die Gefahr neuer Überproduktionen und Überkapazitäten in sich. Die nächste Konjunkturkrise internationalen Maßstabes ist damit vorprogrammiert.

## 2. Staat und Sozialpolitik

Betrachten wir die Rolle des Staates für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß insgesamt im Vergleich zu der Krise der dreißiger Jahre: im quantitativen Ansteigen der infrastrukturellen und sozialen Maßnahmen deutet sich die Tatsache an, daß heute die Quelle des Reichtums – betrachtet nach der *stofflichen* Seite des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – schon zu einem beachtlichen Teil nicht mehr im privat organisierten kapitalistischen Produktionsprozeß liegt. Bildungsausgaben, Ausgaben für das Gesundheitssystem, für die Versorgung sozial Schwacher und für die Entwicklung des Verkehrs bilden wesentliche Bedingungen der kapitalistischen Reichtumsproduktion überhaupt. Darin ist eingeschlossen, daß Wertproduktion und Produktion der stofflichen Momente des gesellschaftlichen Reichtums weiter auseinanderklaffen. Daß das Kapital arbeitsfähige Arbeitskräfte auf dem Markt vorfindet, bedeutet quantitativ zunehmende Ausgaben der Gesellschaft in die genannten Sektoren. Die Struktur der Sozialpolitik in kapitalistisch organisierten Gesellschaften ist dabei durch ihren kompensatorischen Charakter geprägt. Die Unternehmen benötigen mobile und jederzeit einsatzfähige Arbeitskräfte: zunächst zersetzt sich die Groß-, dann zum Teil auch die Kleinfamilie, und die Folgekosten – Versorgung der Alten, der Kranken, der Schwachen, der Kinder – werden verstaatlicht. Der Umfang sozialer Dienstleistungen steigt an. Ihre Effektivität wird bezweifelt (5).

- 
- 5 „Durch die Zunahme psychischer Störungen in breiten Bevölkerungsschichten und die scheinbare ‚soziale Unfähigkeit‘ der Randgruppen ist der Sozialapparat rettungslos überfordert. Herkömmliche soziale Dienstleistungen helfen nicht weiter. Im Gegenteil, sie paralisieren die gemeinschaftliche Hilfe. Die Professionalisierung der Sozialarbeit vergrößert den Abstand zwischen Betreuern und Betreuten. Der Wille zur Selbsthilfe ist den Leuten durch die sozialpolitischen Leistungen gründlicher gebrochen worden als etwa im Gartenbau, die Expertengläubigkeit ist nirgends so tief verankert wie gegenüber den me-



Den Unternehmen werden von staatlichen Bildungsinstitutionen qualifizierte Arbeitskräfte geliefert und der Umfang der in öffentlichen Institutionen vermittelten Qualifikationen steigt an. Doch zu fragen bleibt: Ist die gegenwärtige Form der Trennung zwischen Ausbildungssystem und gesellschaftlicher Produktion noch eine adäquate Organisationsform der Lernprozesse? Ist die auf dieser Trennung basierende Entwicklung der Wissenschaft als Instrument der Natur- und Menschenbeherrschung unabhängig von den konkreten Bedürfnissen der Produzenten selbst noch eine adäquate Form des Erkenntnisfortschritts? Wie läßt sich lebenslanges Lernen organisieren ohne die Kosten von Schulneurosen und -ängsten, von Verfallsprozessen gesellschaftlichen Bewußtseins bei den im Ausbildungssystem lange Verharrenden, ohne völligen Motivationsverlust?

Die im Arbeitsprozeß krankgemachten Arbeiter und Angestellten werden im – durch staatliche Umverteilung organisierten – Gesundheitssystem wieder ‚repariert‘. Nicht mehr brauchbare Lohnabhängige werden möglichst früh aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden. Der Umfang der Sozialleistungen und damit der staatlichen Umverteilung der Lohneinkommen nimmt zu. Allenthalben ist von einer Krise des Rentensystems, des Gesundheitssystems, des Bildungssystems die Rede. Die Klagen über diese Teilkrisen begleiten die ökonomische Krise von Beginn an. In der Sozialdemokratie gibt es Stimmen, die die kompensatorische Struktur des entwickelten Systems der Sozialpolitik in Frage stellen und damit ein wesentliches traditionelles Aktionsfeld sozialdemokratischer Politik (6). Die Dynamik unabsehbarer quantitativer Ausweitung ohne in die Augen fallende Qualitätsverbesserung bildet auf der anderen Seite die Legitimationsgrundlage stärker nach rechts hin orientierter Steuerungsverweigerungsbewegungen (7). Die der Verstaatlichung sozialer Probleme innewohnenden Krisenmomente bergen die Gefahr eines Wiederauflebens von solchen Privatisierungsmodellen, welche den erreichten Grad der Vergesellschaftung rückgängig zu machen suchen und zu einer neuen Verschärfung sozialer Ungleichheit führen (8).

Die Trennung zwischen profitorientierter Reichtumsproduktion und staatlich organisierter Kompensations- und Zuliefererpolitik für den mit den Menschen verschwenderisch umgehenden Bereich der privaten Produktion erscheint als insgesamt verschwenderischer Umgang mit den Quellen des Reichtums und mit dem Reichtum selbst. Das gleiche gilt für die zunehmenden Kosten zur Beseitigung der privat pro-

---

dizinischen Diensten.“ (Biswanger, Geissberger, Ginsburg (Hrsg.), Der NAWU-Report, Wege aus der Wohlstandsgesellschaft, Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Ffm 1978, S. 246)

- 6 „Es ist nicht nur unsere Sache, dafür zu sorgen, daß bestimmte Berufskrankheiten auch nachher irgendwo behandelt werden können. Sondern es kommt darauf an, möglichst viele dieser Berufskrankheiten zu vermeiden. Arbeitslosenunterstützung für stellenlose Lehrer ist gut. Kleinere Klassen mit arbeitenden Lehrern sind besser.“ (Eppler, in: Der Spiegel, 3. 1. 77). Der Ausbau der Sozialpolitik rein quantitativer Art würde auf die Dauer unbezahlbar, so vermutet Eppler.
- 7 Vgl. USA, Schweden, Dänemark und neuestens auch BRD
- 8 Vgl. z. B. die Vorschläge der CDU zur Eigenfinanzierung des Studiums, zur Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos etc.

duzierten Umweltschäden, der Vergiftung und Zerstörung von Natur. Die Frage, ob der gesellschaftliche Fortschritt noch an den Wachstumsraten des Sozialprodukts gemessen werden könne, stellt sich dem öffentlichen Bewußtsein in den verschiedensten Formen: von der Frage nach der „Qualität des Lebens“ im Unterschied zur Quantität des Wachstums bis zur Konstruktion neuer Indikatoren der Reichtumsmessung (Sozialindikatoren). Von der Klage linker Sozialdemokraten über die Unfähigkeit des tradierten Parteiensystems und seiner an Prinzipien des pluralistischen Verteilerstaates orientierten Politik, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach auszudrücken, über die Frage nach der womöglich größeren politischen Kompetenz von Bürgerinitiativen, das von den Parteien versäumte nun doch zu tun, bis hin zur konservativ-reaktionären Beschwörung der Notwendigkeit eines autoritären, expertokratisch geführten Staatsapparats, welcher einzig in der Lage wäre, die überwuchern den Ansprüche an den „Verteilerstaat“ bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung alter Einkommensprivilegien zurückzuschrauben. Dabei zeichnet sich übrigens die konservative Ideologie im Unterschied noch zu den zwanziger Jahren heute durch den plattesten Materialismus aus: allein der Trieb des einzelnen, ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen, soll danach Grundlage für die Motivation zu Arbeit und Lernen sein. Eine Nivellierung der Leistungs- und Einkommenshierarchie soll danach zu einem Motivationsverfall führen.

War das Hauptproblem staatlicher Sozialpolitik in der Krise der dreißiger Jahre noch ihre massive quantitative Rücknahme durch die Notverordnungs politik Brünings und Papens und die damit verbundene Auslieferung großer Teile von Arbeitslosen an den puren Hunger und das perspektivlose materielle Elend, so gilt dies heute nicht mehr ohne weiteres. Nicht, daß die Probleme einer gerechten, an einem menschenwürdigen materiellen Dasein orientierten Sozialpolitik heute gelöst wären: Arbeitslosigkeit kann manifeste auch materielle Not bedeuten, Minimalrenten ebenso, schlechte Wohnverhältnisse ebenso. Doch tauchen neue Momente in der Auseinandersetzung mit staatlicher Sozialpolitik auf, die die vorhandene *Form* als Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums kritisieren. Ist es überhaupt notwendig, derartig große Teile des Sozialprodukts in die Gesundheitsversorgung zu stecken? Ist es nicht humaner und auch ökonomischer, die Gesundheitsgefährdung direkt im Produktionsprozeß anzugehen und damit von einer patriarchalisch-fürsorglichen Reparaturpolitik, wo der Patient so und so Objekt bleibt, den Arbeitern und Angestellten selbst an der Abwehr von Gesundheitsschäden zu beteiligen, ihnen die Kompetenz zur Einschätzung der Folgen der Arbeitsbedingungen zuzugestehen? Genau dies versuchten sich die italienischen Arbeiter in den Klassenauseinandersetzungen mit dem Kapital zu erkämpfen und damit auch durch Praxis die traditionellen Formen der Wissenschaft und der Arbeitsmedizin ebenso wie der nachfolgenden Reparaturpolitik zu kritisieren. Ist die bisher alternativlose Auflösung der Familie als gebrauchswertorientierte Lebens- und Produktionsform der Weisheit letzter Schluß? Müssen nicht neue Formen sozialen Zusammenlebens entwickelt werden, wo die Schwächeren gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten können und menschliche Zuwendung bei Krankheit erfahren? Wo die Kinder wieder in sozial verantwortliche

Tätigkeiten einbezogen werden und die Schule nicht an die Stelle allen ernstesten verantwortungsvollen Lebens tritt bzw. dieses aus sich ausschließt. Die gegenwärtige Diskussion um die Eingliederung der behinderten Kinder und der ausländischen Kinder in den normalen Unterricht und um die Entwicklung sozialen Lernens innerhalb der Schule deutet in diese Richtung. Ebenso die Entwicklung von Vorstellungen über die Bildung sogenannter „sozialer Netze“, wo sich Individuen und Familien zusammenschließen und einen Teil der für das menschliche Leben notwendigen sozialen Tätigkeiten gemeinschaftlich und gebrauchswertorientiert organisieren.

Mit der Kritik des Inhalts an staatlicher Kompensationspolitik ist die Kritik an ihrer institutionell bürokratischen Regelungsweise verknüpft. Eine nicht mehr allein kompensatorische Sozialpolitik erforderte die stärkere Befähigung der Individuen zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen, d.h. eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebensprozesses, eingeschlossen eine Demokratisierung der Wissenschaften.

Die Trennung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat und die Reservierung von Demokratie auf den Bereich des Parlaments bringt das Wuchern staatlicher Bürokratie in dem Maße hervor, wie der Staat für die Herstellung der Bedingungen der privaten Produktion zunehmend verantwortlich wird. Auch diese Bürokratie birgt immense Verschwendung von Ressourcen. Wäre nicht die Rücknahme von Teilen staatlicher Sozialpolitik in die Gesellschaft auf dem Wege der Demokratisierung der Gesellschaft notwendig und möglich? Bildet diese Demokratisierung nicht die einzige Alternative zur von rechts vorgeschlagenen Reprivatisierung staatlicher Funktionen im Zuge der keineswegs allein durch keynesianistische Politik entstandenen „Krise des Steuerstaats“?

Sowohl Vorstellungen einer alternativen, in den Betrieben beginnenden Gesundheitspolitik, als auch die in der Bildungsreform partiell durchgesetzte, heute zum Teil wieder zurückgenommene Demokratisierung von Schulen und Hochschulen, aber auch Vorstellungen von der Bildung sogenannter „sozialer Netze“ weisen in diese Richtung. Viel weiter entwickelt finden sich solche Vorstellungen in Italien, in den Formen von Kommunalpolitik, wie sie die KPI in Bologna entwickelte, in den Versuchen zur Verbindung betrieblicher und kommunaler bzw. regionaler räteartiger Organisationen und ihrer Kooperation mit den kommunalen Behörden (9).

### 3. Was ist Kriterium gesellschaftlichen Reichtums?

Marx sieht als einen wesentlichen Widerspruch der entfalteten kapitalistischen Gesellschaft, daß die „bedürftige Subjektivität des lebendigen Arbeitsvermögens“ einen „immer grelleren Kontrast“ bildet zum schon entwickelten sachlichen Reichtum der Gesellschaft. Die Frage nach der „Qualität des Lebens“ stellt sich nicht nur für das gegebene Verhältnis von Sozialpolitik und privater Produktion. Sie ist verall-

---

9 Vgl. dazu: Jäggi/Müller/Schmid, Das rote Bologna, Zürich 1976. Vgl. auch: Bruno Trentin, Arbeiterdemokratie, Hamburg 1977

gemeinert zur Frage, ob die durch die kapitalistische Gesellschaft produzierten Bedürfnisse noch hinlänglich durch wachsenden Output privat produzierter Güter befriedigt werden können. Selbst innerhalb des Sachverständigenrates zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich inzwischen eine Minderheitsposition zu Wort gemeldet, die eine ungehemmte weitere Expansion der Güterproduktion als Dreh- und Angelpunkt menschlicher Bedürfnisbefriedigung und Legitimation wirtschaftspolitischer Maßnahmen vorsichtig abwägend in Frage stellt: „wenn die eigene Tätigkeit selbst den Gegenstand des Bedarfs bilde“, ja was dann? „... die Zahl derer steigt, die es zwar erstrebenswert finden, eine Anstellung zu haben, die aber ihre berufliche Tätigkeit nicht als befriedigend“ ansehen. „Daß die Ansprüche an die Arbeitsbedingungen steigen, entspricht den Tendenzen des Bedarfswandels, die man in anderen Bereichen beobachten kann ... und es ist die Organisation, die die Arbeitsbedingungen und damit für den einzelnen die Chance bestimmt, seine Fähigkeiten zu entfalten, den Produktionsprozeß mitzugestalten, sich mit seiner Arbeit zu identifizieren.“

Man darf „die Nachfrage gerade nicht als eine Größe verstehen, die sich dem technisch produzierbaren Angebot beliebig anpassen könnte. ... Zwar halte ich es wie die Mehrheit für vernünftig davon auszugehen, daß die Summe der menschlichen Bedürfnisse unendlich ist, bin aber davon überzeugt, daß der Geschwindigkeit, mit der zusätzliche Wünsche nach Konsumgütern erfüllt werden können, eine Grenze gezogen ist.“ (10) Soweit das Minderheitsgutachten. Natürlich ist der kritische Gehalt dieser Position dadurch beschränkt, daß gegenwärtige Formen der Verschwendung wie Rüstungsproduktion, Überakkumulation von Kapital, disproportionale Entwicklung von Produktionszweigen, Luxuskonsumtion nicht thematisiert werden. Trotzdem: die von Adam Smith als Naturbedingung von Zivilisation und Fortschritt – definiert als wachsende Güterproduktion – angegebene Verkrüppelung der Fähigkeiten der Individuen wird von Seiten bürgerlicher Ökonomen heute selbst in Frage gestellt und zaghaft daran erinnert, daß die menschlichen Bedürfnisse weiter gesteckt sein könnten als nach dem Besitz von sachlichen Gütern. Bisher galten solche Annahmen der etablierten ökonomischen Wissenschaft als irrationale philosophische Glaubensanschauungen (11). Marx hatte erstmals Adam Smith widersprochen und die Aufhebung der Degradierung im Arbeitsprozeß als historische Möglichkeit auf der Basis entwickelter Produktivkräfte postuliert. Dies galt gängigerweise als Utopie. Was würde es aber für die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion bedeuten, wenn die Entwicklung von Fähigkeiten in den Katalog dessen, was als gesellschaftlicher Reichtum zu definieren sei, wirklich aufgenommen würde, wie es heute etwa von der arbeitsorientierten Betriebswirtschaftslehre gefordert wird.

Was hieße dies für die herrschende Form der Arbeit, die abstrakte Arbeit, welche eigentlich die Gleichgültigkeit des Arbeitenden gegen das, was er tut, einschließt:

---

10 Jahrgutachten 1978/79 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 186 - 193

11 Die Thesen von Alexa Mohl in diesem Heft müßten auch unter diesem Aspekt überdacht werden.

die Negation aller auf Tätigkeit gerichteten Bedürfnisse, die Reduktion der Bedürfnisse auf die Erreichung einer bestimmten Lohnhöhe, auf die Konsumtion. Schon die Schwierigkeit der bürgerlichen Ökonomie, dieses Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit quantitativ, d.h. wissenschaftlich zu erfassen, zeigt Grenzen der Vergesellschaftungsform an. Das die Gesellschaft integrierende Prinzip der „formalen Rationalität“, wie Max Weber es nennt oder, um mit einem gegenwärtigen Sprachgebrauch innerhalb der SPD zu formulieren, die „Herrschaft des quantitativen Prinzips“ geriete in seiner Legitimität ins Wanken. Damit aber auch die herrschaftlich-bürokratische Form der Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und die Vermittlung der arbeitsteiligen Produktion über das quantifizierende Prinzip der Konkurrenz und der Messung der Produktion des Einzelbetriebs am Profit des Einzelunternehmens. Bruno Trentin hat in seiner programmatischen Analyse der Klassenkämpfe in Italien unter dem Titel „Arbeiterdemokratie“ aufgezeigt, wie die Infragestellung der Tayloristischen Arbeitsteilung im Betrieb selbst Ausgangspunkt und Grundlage qualitativ neuer Vorstellungen von Demokratie als „Vergesellschaftung der Politik“ von der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft, von der Entwicklung der individuellen Fähigkeiten zur gesellschaftlichen Kooperation in den italienischen Klassenkämpfen bildet: Demokratie statt Konkurrenz als Form der Organisation des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Aber Demokratie nicht nur als politische Kontrollform, sondern auch als neues Verhältnis zur eigenen Tätigkeit. Oskar Negt versucht dies zu formulieren, wenn er von der „Rücknahme der Politik in den Arbeitsprozeß des Alltags“ spricht.

Es sei daran erinnert (13): der Faschismus sammelte seine Massenbasis nicht nur wegen des materiellen Elends. Denn zu fragen ist ja, warum dieses materielle Elend der degradierten Mittelschichten nicht der Arbeiterbewegung Anlaß zur breiten Ausdehnung ihrer Massenbasis war. Sicherlich: in Deutschland fehlte die demokratische Tradition des Kleinbürgertums, es herrschte das nationalistische Denken, es gab die Dolchstoßlegende usw. Aber lag in der These der Arbeiterbewegung, erst die psychische Degradierung zur industriellen Lohnarbeit, der Verlust an individueller Identität im Arbeitsprozeß basierend auf dessen Selbständigkeit, die Auflösung des Anspruchs auf individuelle Selbstverwirklichung in der Arbeit schaffe das richtige, kollektive Klassenbewußtsein: lag darin nicht durchaus etwas Abschreckendes für die alten kleinbürgerlichen Schichten und die degradierten Angestelltenschichten, die diese Degradierung im Vergleich zu früheren Zuständen empfanden. Noch heute ist bei den Selbständigen die Arbeitszufriedenheit unabhängig vom Arbeitseinkommen am größten. Und um an Oskar Negts Artikel im letzten Heft anzuschließen: „Was bedeutet die Arbeit für die eigene Identität des Menschen? Es gibt doch keinen Menschen, der sich damit abfindet, daß Arbeit nur Mittel zum Leben und nicht auch erstes Lebensbedürfnis, die entscheidende Form seiner Realitätsaneignung, seiner gesellschaftlichen Selbstverwirklichung und Anerkennung ist.“ Die Ideologie der Volksgemeinschaft, der Betriebsgemeinschaft, des Zusammenwirkens

---

13 Der folgende Zusammenhang ist genauer entwickelt in: Prokla Nr. 31, Neusüß, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation, S. 75 ff.

von Arbeitern des Kopfes und der Faust im gemeinsamen Interesse, der Appell an Führungs- und Unterordnungsverhältnisse als angeblich naturnotwendige Formen des Arbeitsprozesses suchte Bedürfnisse nach gesellschaftlich sinnvoller, nicht nur auf den Tauschwert orientierter Arbeit für sich zu mobilisieren.

Der ungebrochene Glaube der Arbeiterbewegung an die fortschrittlichen Wirkungen der Rationalisierung überhaupt und die Beschränkung der sozialistischen Alternative auf eine bessere Verteilung ohne Infragestellung der Wirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses mußte notwendigerweise die Bedürfnisse der mittelständischen Schichten als reaktionäre Bedürfnisse einstufen. Der Sozialdemokratie erschienen in dem von diesen Schichten geäußerten Vorstellungen auch keinerlei Momente von Rationalität. Sie schienen ihr blanke Irrationalität. Der Faschismus mit seinen Elitavorstellungen knüpfte an Ängste vor kollektivistischer Gleichmacherei an und gab ihnen im Rassemythos — man sei nun doch irgendetwas besonderes — eine mörderische Gestalt. Doch ist festzuhalten, daß das dargestellte kritiklose Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Form des Produktionsprozesses selbst noch auf der Annahme basierte, die Befriedigung der Grundbedürfnisse der notleidenden Bevölkerung wäre nur durch eine möglichst rasche Entwicklung des Produktionsapparates möglich. Die Vernachlässigung des Bedürfnisses nach sinnvoller Arbeit sei notwendig, um die Bedingungen des Lebens zu sichern. Dies ist heute so nicht mehr der Fall. Nicht umsonst geht Trentin in seiner Analyse davon aus, daß die neuen Forderungen der italienischen Arbeiterbewegung nach Wiedereineignung der Wissenschaft, nach Selbstbestimmung, nach Bildungsmöglichkeiten, nach Aufhebung der Lohn differenzierung, nach Aufhebung entwürdigender und gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen auf der Basis der Möglichkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse durch den neuen Stand der Produktivkräfte erfolgte. Demgegenüber war im Reichtums- und Fortschrittsbegriff der Arbeiterbewegung zur Zeit der großen kapitalistischen Krise der zwanziger und dreißiger Jahre die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten als konkrete Forderung nicht enthalten. Zwar sprach man in pädagogischen Programmen und auch in auf pädagogische Inseln beschränkten Versuchen sozialdemokratischer Bildungsarbeit noch vom reich entwickelten Individuum. Für das, was hinsichtlich der Entwicklung des Arbeitsprozesses gefordert wurde, waren solche Vorstellungen jedoch unverbindlich. Sie waren dysfunktional im Sinne des propagierten ‚Produktionsinteresses‘ der Arbeiter und der Gesamtgesellschaft.

Heute ist das Bedürfnis, nicht lebenslang das gleiche zu tun, etwas sinnvolles zu tun, eine befriedigende Arbeit zu haben, durchaus in den Bereich des auch in der traditionellen Arbeiterbewegung Legitimationsfähigen aufgenommen. Sowohl die Forderungen zur Bildungspolitik als auch zur Humanisierung der Arbeit reflektieren diesen Tatbestand. Aber auch in Forderungen nach Erhalt des Qualifikationsbestandes, wie sie in den Tarifrunden der IG Druck und der IG Metall im Jahre 1978 auftauchen, deuten sich historisch neue Momente an. Damit sind Möglichkeiten gegeben, Interessen der Arbeiter und der nun ja nicht mehr kleinbürgerlichen, sondern weitgehend in die Lohnabhängigkeit integrierten Mittelschichten miteinander zu verbinden in einer historischen Perspektive, welche die Kritik der existierenden For-

men der Anwendung der Arbeit und der Degradierung des Individuums zu einem wichtigen Inhalt hat. Die Entwicklung demokratischer Formen ist darin impliziert. Bei Trentin wird davon ausgegangen, daß allein unter einer solchen Perspektive auch die Notwendigkeit, mittleren und höheren Schichten der Lohnabhängigen bestimmte Privilegien auf der Einkommenseite zu entziehen, um schlechtergestellten Schichten ein materiell würdiges Dasein zu ermöglichen, vermittelt werden könne. Es ist entscheidend wichtig: das Bedürfnis nach sinnvoller Arbeit wird heute nicht mehr von der Rechten mobilisiert. Diese geht voll von der Legitimität der existierenden Einkommenshierarchie und Arbeitsteilung aus. Wird der Anspruch auf „Befreiung der Arbeit“ zu einer wichtigen Zielsetzung der sozialen Bewegung, in welcher sie ihre Bedürfnisse mit den Reichtumsvorstellungen des Kapitals konfrontiert, so wären damit Bedingungen gegeben, das Festhalten an Einkommensprivilegien der bessergestellten Schichten zumindest ideologisch aufzubrechen.

#### 4. Arbeitslosigkeit, Gewerkschaften und Rationalisierung

Der Umfang der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1930 bis 1933 war Resultat des anfangs genannten katastrophentartigen Zusammenbruchs der Ökonomie. Zwar bewegte sich die dem Kriseneinbruch 1929 folgende Massenarbeitslosigkeit auf der Basis der rationalisierungsbedingten Arbeitslosigkeit der zwanziger Jahre, doch war die letztere zu keinem Zeitpunkt Anlaß von Appellen an den Staat, Maßnahmen zur Beseitigung zu ergreifen. SPD und ADGB hofften auf die investitionsfördernden Wirkungen von Rationalisierung und Lohnerhöhungen. Die KPD forderte differenzierte Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, aus denen sie sich gleichzeitig eine Verminderung der Arbeitsintensivierung versprach. Der Kampf gegen die rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit wurde von der KPD als Aufgabe gewerkschaftlicher und Betriebsrätepolitik formuliert. Darüber hinaus forderte sie natürlich die Revolution.

Der Ruf nach dem Staat als einzig noch zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit fähig erscheinendem Subjekt beginnt erst 1931 und zwar beim ADGB und in der KPD gleichermaßen, zu dem Zeitpunkt nämlich, als die ausufernde Anarchie der Produktion als wesentliche Quelle der Arbeitslosigkeit erschien. Die Gewerkschaften forderten auf der Basis des sogenannten WTB-Plans staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem im Bereich der Verbesserung der Infrastruktur. Die SPD konzentrierte sich dann etwas später in ihrem Programm zum ‚Umbau der Wirtschaft‘ auf Forderungen zur Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrien und zur Einrichtung von zentralen Planungsstellen. Gewerkschaftliche und faschistische Lösungsvorschläge für das Problem der Arbeitslosigkeit unterschieden sich in der Frage, ob die durch Staatsverschuldung ausgegebenen Gelder in den Rüstungssektor oder in die Infrastruktur gesteckt werden sollten und ob die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Arbeitslosen zu Tariflöhnen oder zu den Sätzen der Arbeitslosenhilfe einstellen sollten.

Demgegenüber läßt sich heute schwer vorstellen, wie die hervortretende rationalisierungsbedingte Massenarbeitslosigkeit, die ihren Umfang über das konjunktur-

elle Tief hinaus aufrechterhalten hat, und deren Ende auch durch weitere Aufschwünge der Konjunktur nicht abzusehen ist, ausschließlich durch *Vermehrung der Staatsausgaben sinnvoll zu beseitigen sei*. Vorstellungen, die einfach eine quantitative Ausweitung des öffentlichen Dienstes fordern, eine höhere Staatsverschuldung zum Zwecke der Umstrukturierung der Gebrauchsgüterproduktion von den privat erbrachten Sach- zu den öffentlichen Dienstleistungen für notwendig halten, können sich zwar auf offensichtlich existierende Mangelsituationen in vielen Bereichen der öffentlichen Versorgung berufen (vgl. z. B. das Gesundheitswesen und das Bildungswesen und vor allem die Schulen). Doch berücksichtigen sie insgesamt nicht die Probleme, die sich heute hinsichtlich einer rein kompensatorischen Sozialpolitik schon stellen. Die wenn auch erst zaghaft sich entwickelnden Vorstellungen, Rationalisierung müsse den Produzenten zugute kommen in der Form der Verteidigung oder Verbesserung ihrer Qualifikation im Produktionsprozeß, der Herabsetzung der Arbeitsintensität, der Verbesserung der Ausbildungs- und Umschulungsbedingungen, der Durchsetzung von Mitbestimmung, der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, der Erhöhung der arbeitsfreien Zeit – all diese Vorstellungen weisen in eine andere Richtung als in die traditionell keynesianistische Politik. War die Phase nach der Krise 1967 auch dadurch gekennzeichnet, daß Gewerkschaftspolitik sich zunehmend als Teil staatlicher Wirtschaftspolitik formulierte (konzertierte Aktion) – so beginnen seit der Krise 1974 Überlegungen in der Gewerkschaftsbewegung um sich zu greifen, daß man sich auf seine eigene Kraft besinnen müsse und durch Stärkung der Rechte der Betriebsräte sowohl wie durch Tarifpolitik die Kompetenzen zum Einfluß der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertretungen auf die Entwicklung des Produktionsprozesses selbst verstärken müsse. Allein die Tatsache, daß die Krise der dreißiger Jahre durch den qualitativ höheren Grad der Arbeitslosigkeit eine völlige Entmachtung der Gewerkschaften in ihrer betrieblichen Handlungsfähigkeit bedeutete, reicht m. E. nicht zur Erklärung hin.

Zwar wird in der heutigen Gewerkschaftsbewegung nach wie vor davon ausgegangen, daß der Staat zum einen durch Ausgabenpolitik die Konjunktur beleben, zum anderen gesetzliche Rahmenbedingungen für Arbeitszeitverkürzung und Rationalisierungsschutz entwickeln müsse, doch wesentliche Aufgaben werden als gewerkschafts- und betriebsrätespezifische Aufgaben formuliert. Im Unterschied zur Weimarer Republik wird die Notwendigkeit menschenwürdiger Arbeitsbedingungen nicht mehr allein mit volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet, nicht allein also mit dem Argument, mit dem Faktor Arbeitskraft müsse aus volkswirtschaftlichen Gründen ökonomisch umgegangen werden. Es wird vielmehr die Frage nach dem Bedürfnis und dem Recht des einzelnen nach Arbeitsbedingungen gestellt, die seine Fähigkeiten zu nutzen und zu entfalten in der Lage sind. Dies gilt für die Sozialdemokratie gleichermaßen.

In der Praxis der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Tarifpolitik handelt es sich allerdings allenfalls um allererste Ansätze von Umorientierungen, die – im Unterschied zu den Entwicklungen in Italien zu Beginn der siebziger Jahre – noch wesentlich defensiv bestimmt sind. So hatten etwa die streikenden Druckarbeiter durchaus ihren alten Beruf als positive Vorstellung und ohne Kritik der Bornierun-



gen eines solchen Berufs im Hintergrund bei ihren Auseinandersetzungen um den neuen Tarifvertrag. Theoretisch wäre es durchaus möglich, sich die Umschulung eines Druckers zum Journalisten vorzustellen, eine allgemeine Entlastung der Journalisten, aber durchaus auch ein Arbeiten ohne Arbeitsdruck an den neuen Geräten durch Erhöhung der Zahl der Journalisten: die Terminals bilden eine technische Grundlage für die Aufhebung der beruflichen Trennung zwischen Journalisten und Setzern. Auf der Basis der alten Technologie war diese Trennung technisch durchaus notwendig. Die Setzerei erforderte einen hohen Arbeitsaufwand und sie erforderte selbst eine hohe handwerkliche Qualifikation. Doch in diese Richtung der Aufhebung alter Berufe wurde nicht gedacht. Stattdessen verweisen die gegebenen Machtverhältnisse und auch das gegebene Bewußtsein, die allseitige Angst sowohl der Journalisten als auch der Setzer, sich womöglich gegenseitig Konkurrenz zu machen und den Arbeitsplatz sich wegzunehmen, auf eine Verteidigung der alten Berufe: Journalist auf der einen, Setzer auf der anderen Seite. Und die Verteidigung gelingt für den Setzer nicht dem Arbeitsinhalt nach, sondern nur bezüglich der Lohnhöhe und zeitweiser, partieller Arbeitsplatzsicherung. Sicherlich ist damit eine Basis für die Entwicklung weitergehender gewerkschaftlicher Vorstellungen gegeben. Aber zunächst werden die neuen Probleme noch in den alten Vorstellungen gedacht. Das gleiche gilt, wenn auch mit anderem Inhalt, für die Politik der IG Metall in Baden-Württemberg: Absicherung der Qualifikation durch den komplizierten phantasie reich ausgedachten Mechanismus der kollektiven Lohnabsicherung. In den Kategorien der Unternehmenskalkulation mit dem Lohn als Kostenfaktor soll dem Kapital etwas ganz anderes, nämlich die Herstellung bzw. Erhaltung nicht degradierender Arbeit aufgezwungen werden. Es soll dazu gebracht werden, dem Prinzip der Arbeitsteilung und Lohnsenkung Einhalt zu gebieten. Es ist kein Zufall, daß gerade diese Forderungen nicht durchkamen und ihre Realisierung in den Betrieben wäre sicherlich auch auf große Schwierigkeiten gestoßen.

Die praktische Gewerkschaftspolitik ist seit dem Scheitern der konzertierten Aktion – in welchem sich selbst hinwiederum die Krise keynesianistischer Wirtschaftspolitik reflektiert – weniger durch eine einheitliche Politik zur Abwehr von Arbeitslosigkeit als vielmehr durch unterschiedliche, zum Teil divergierende Tendenzen gekennzeichnet. Teils wird, wie eben charakterisiert, die Frage nach der subjektiven Aneignung des technischen Fortschritts vorsichtig formuliert. Teils werden linkskeynesianistische Positionen vertreten. Ein Teil der Gewerkschaften und Betriebe und vor allem diejenigen, die sich von der reinigenden Wirkung der Weltmarktkrise eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze über die Expansion ihres Industriezweigs auf dem Weltmarkt erhoffen, oder derjenigen Betriebsbelegschaften, die auf eine staatliche Förderung ihrer technologisch fortschrittlichen Wachstumsbranche setzen (exemplarisch Atomindustrie) agieren klassisch-sozialpartnerschaftlich im Sinne: was dem Unternehmerprofit nützt, sichert auch unsere Arbeitsplätze. Als fragwürdiges Resultat einer solchen Politik sei nur an das Votum Loderers in Sachen Südafrika und Kernenergie nach Harrisburg erinnert.

Erinnert sei auch an die restringierte Aufnahme der auf dem Gewerkschaftstag der IGM erhobenen Forderung nach der 35-Stundenwoche durch den Gewerk-

schaftsvorstand: Nur für bestimmte Branchen wie die Stahlindustrie sollte diese Forderung sinnvoll sein. Das läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter unterschiedlich nach der ökonomischen Situation ihrer Branche an den Errungenschaften der Produktivität teilnehmen sollen: Die Arbeitszeitverkürzung wird selbst noch – entlang staatlicher Strukturpolitik – funktionalisiert für die Bedürfnisse des Kapitalwachstums. Die Arbeiter schwacher Branchen sollen die Arbeitszeit verkürzt bekommen, um damit der besonders hohen „Freisetzungsrate“ entgegenzuwirken (Stahlindustrie). Die Arbeiter wachstumsstarken Branchen (Autoindustrie) sollen weiterhin 40 Stunden arbeiten. Hier soll nicht bestritten werden, daß die Arbeitsbedingungen in der Stahlindustrie eine solche Politik zusätzlich nahelegten und auch legitimieren können, aber dies war nicht der Grund für die Entscheidung des IG Metall Vorstands, speziell in der Stahlindustrie um Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen. Eher ging es um die Nachahmung von Strukturpolitik in der Gewerkschaftspolitik. Damit wird aber der Anspruch aufgegeben, die Arbeiterschaft insgesamt habe sich die Resultate des technischen Fortschritts anzueignen. Die Forderungen bleiben rein defensiv, indem Arbeitszeitverkürzung wesentlich als Mittel der Abwehr von Arbeitslosigkeit begriffen wird und dies beschränkt auf bestimmte Branchen. In diesem Zusammenhang erscheint es auch nicht als ein Zufall oder als ein Mangel an strategischen Vorüberlegungen, daß der Streik in der Stahlindustrie nicht als exemplarischer Kampf geführt wurde, sondern auf die Stahlindustrie beschränkt blieb und, da es sich um eine Branche handelte, die ökonomisch schwer unter Druck zu setzen ist, in einer Niederlage endete. Folgt Gewerkschaftspolitik einfach der Verschiebung der Schwergewichte staatlicher Wirtschaftspolitik auf die Förderung von Wachstumsbranchen und einzelner „fortschrittlicher“ Technologien, so läuft sie Gefahr, korporativistisch zu verfallen. Auch am Beispiel der Aktionen der KKW-Betriebsräte, die ja inzwischen von den Gewerkschaften scharf kritisiert werden, wurde dies deutlich. Wenn der Staat vorgibt, mit der Förderung von Einzelkapitalen das Allgemeininteresse am wirtschaftlichen Wachstum zu erfüllen – bei der Globalsteuerung sah dies noch ganz anders aus – besteht im Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Politik die Gefahr, daß die Belegschaften einzelner Betriebe ihr Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze identisch setzen mit dem Interesse des Einzelkapitals und der wirtschaftspolitischen Logik folgend mit dem Allgemeininteresse am wirtschaftlichen Wachstum. Hier bestehen entscheidende Unterschiede zur konzertierten Aktion. Die Einordnung der Gesamtlohnrate in einen staatlichen Plan der Konjunktursteuerung wurde als Bedingung zur Erreichung von Vollbeschäftigung, wirtschaftlichem Wachstum, Geldwertstabilität angesehen. Die Gewerkschaften agierten als Gesamtorganisationen innerhalb kooperativer Institutionen von Staat, Industrievertretern, Gewerkschaftern. Werden demgegenüber die Interessen der Arbeiter entlang der staatlichen Strukturpolitik und der naturwüchsigen „Restrukturierung“ des Kapitals wahrgenommen, so geht ein Konzept einheitlichen Handelns verloren.

Der Durchsetzung einer so gekennzeichneten korporativistischen Politik mit dem Resultat eines Zerfalls der Gewerkschaften in betriebliche Sonderinteressen stehen allerdings wichtige Momente entgegen. Die Verschärfung des Klassenkampfes von seiten des Kapitals vor allem in der Praxis der Aussperrung macht die Notwen-

digkeit der Entwicklung einer von den Betrieben ausgehenden und diese übergreifenden solidarischen Politik deutlich, wie dies in der jüngst geäußerten Reaktion des IG Metallvorstands auf die Niederlage im Stahlarbeiterstreik sich andeutete.

Die Situation speziell der bundesdeutschen Gewerkschaften läßt sich grob so kennzeichnen: Einerseits ist die prosperierende Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg mit Auflösungsprozessen traditionellen Klassenbewußtseins einhergegangen. Die veränderte Struktur der Bedingungen der Produktion gesellschaftlichen Reichtums führt zudem zur Auflösung eines auf gemeinsamer körperlicher – als reichtumsschaffender – Arbeit beruhenden Selbstbewußtseins. Individuelle Aufstiegserfahrungen und ein partiell reformiertes Bildungssystem haben ein Bewußtsein entstehen lassen, das die Notwendigkeit gemeinsamer Klassenpolitik als Bedingung der Verbesserung der eigenen Lebenssituation in den Hintergrund hat treten lassen. Tradierte Formen der Vergesellschaftung der einzelnen in der Gewerkschaft über Autorität und Vertrauen sind brüchig geworden (14). Das verstärkte Selbstbewußtsein der Lohnabhängigen *als Individuen*, die durch individuelle Leistung Einfluß auf ihr Schicksal nehmen können, birgt zum einen unter Bedingungen von Rückschlägen in der Krise die Gefahr von Resignation und Vereinzelung. Verschlechterungen der Lebenssituation werden als individuelles Versagen interpretiert. Andererseits kann aber auch die entwickeltere Erfahrung von Individualität zusammen mit einem insgesamt gestiegenen Bildungsniveau die Grundlage für die Entwicklung sozialer Kämpfe auf der Basis eines neuen Bewußtseins abgeben. Sozialer Kämpfe, die in ihren Zielen und Organisationsformen den Anspruch der demokratischen, die Entfaltung der Individuen in gesellschaftlicher Kooperation einschließenden Regelung der Lebensprozesse erheben.

## 5. Krise der marxistischen Theorie?

Wenn heute, nicht zuletzt auch angesichts der hier grob skizzierten Zusammenhänge, von einer Krise der marxistischen Theorie gesprochen wird, was ist daran richtig? Sicherlich stellt sich die Frage, ob die Begriffe von Klassenbewußtsein, von Klassenkampf und von Krise, wie sie im Gefolge der Studentenbewegung als angeblich genuin marxistische rekonstruiert wurden, wirklich das voll erfaßt haben, was die konkreten Elemente der gegenwärtig sich entwickelnden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ausmacht. Aufgrund ihrer sozialen Privilegierung und ihrer Isolierung von der tradierten Arbeiterbewegung skeptisch gegenüber den eigenen subjektiven Erfahrungen und Bedürfnissen geworden, vollzog ein Teil der sozialistischen Intelligenz eine Wiederaneignung der Theorie unter den tradierten Normen der Arbeiterbewegung. Sicherer Arbeitsplatz, ausreichender Lohn, gesicherte soziale Versorgung, Sicherung der Gesundheit: kurz und gut die Sicherung der unmittelbaren materiellen Lebensbedingungen wurde als das nach wie vor allein legitime Bedürfnis

---

14 Vgl. Michael Schumann, Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins, in: GMH 3/79, S. 152 ff.

interpretiert. Über andere Bedürfnisse machte man sich wenigstens wissenschaftlich wenig Gedanken. Teile der gerade in der Studentenbewegung formulierten Thesen, in denen sich die Veränderung der Rolle der Intelligenz reflektierte, wurden zurückgedrängt. Sowohl Krisen- als auch Klassenanalyse beschränkten sich häufig darauf, zeigen zu wollen, daß zum einen die ökonomische Krise notwendig kommen müsse und mit ihr die Negation der oben genannten Bedürfnisse, zum anderen Mittelschichten und damit auch die Studenten zunehmend in Lohnarbeit integriert würden, was sie der traditionellen Lohnarbeitersituation aussetze und damit zur Produktion der gleichen Bedürfnisse führe wie in der Industriearbeiterschaft. Unter gewerkschaftlicher Orientierung der Studenten wurde dies zum Teil verstanden. Dies ist zwar eine grobe Überzeichnung, aber doch vielleicht wichtig um zu erkennen, warum heute an bestimmten Formen der marxistischen Theoriezeption Kritik geübt wird. Theorie wurde unter dem Vorzeichen der sogenannten „materialistischen“ im Unterschied zur „idealistischen“ Weltanschauung angeeignet: „Caesar eroberte Gallien, hatte er nicht wenigstens seinen Koch dabei?“ Die alte Arbeiterbewegung bezog ihr Selbstbewußtsein und ihre Normen aus der Produktivität der körperlichen Arbeit: Ihre gewerkschaftlichen Forderungen konzentrierten sich auf die Erhaltung der Arbeitskraft. Ökonomie der Arbeit hieß ökonomischer Umgang mit der Arbeitsfähigkeit, damit sie lebenslang produktiv sein könne. Da die Verausgabung von Arbeitskraft die wesentliche Quelle des gesellschaftlichen Reichtums bildete, geistige Arbeit durch das Bildungsmonopol als Tätigkeit der herrschenden Klasse vorbehalten blieb, war es gesellschaftlich legitim, vor allem den sorgsamsten Umgang mit dem physischen Arbeitsvermögen als wesentlich gegenüber dem Kapital einzufordern. Diese Probleme sind keinesfalls obsolet geworden, betrachtet man etwa die gegenwärtige durch die Krise noch verschärfte Situation in den Betrieben hinsichtlich Gesundheitsschädigungen. Doch sind neue hinzugekommen.

Was soll ein junger Lehrer davon halten, wenn ihm gesagt wird, er leiste unproduktive, weil nicht mehrwertschöpfende Arbeit, die er zudem noch sträflicherweise mit dem Bedürfnis, etwas Sinnvolles zu tun, verbindet und deshalb zusammengekommen sehr große Schwierigkeiten mit der Entwicklung eines richtigen fortschrittlichen Bewußtseins haben müsse. Schließlich geht der Lehrer richtigerweise davon aus, daß der wirkliche gesellschaftliche Reichtum durchaus von seiner Arbeit mit abhängt, auch wenn das gesellschaftliche Bewertungssystem – Lehrergehälter bilden letztlich Abzüge vom Profit – dies nicht anerkennt.

Als Redaktionskollektiv Gewerkschaften der Prokla verwarnten wir uns gegen den Einwand, es könnte doch vielleicht nicht ausschließlich nur der Tatbestand verschärfter Arbeitsintensivierung, sondern auch das neue Sensibilisierungs- und Anspruchsniveau auf der Basis entfalteter Produktivkräfte sein, das heute zum Auftauchen des Problems der „Humanisierung der Arbeitswelt“ in der Gewerkschaftsbewegung führe. Wir beharrten auf einer deutlichen materiellen Verelendung und zwar im Sinne einer sich noch weiter verschärfenden Arbeitsintensivierung, stellten die damit zusammenhängende Frage nach den zugleich historisch entwickelten Bedürfnissen nicht. Daß die Produktionsweise auch die Individuen, die Bedürfnisse entwickelt – natürlich in widersprüchlicher Form – und nicht nur die sachlichen Pro-

duktivkräfte, dies wurde zwar ab und an verbal beschworen — schließlich hatte man Marx ja gelesen — wissenschaftlich jedoch nicht ernst genommen. Wo erkennt sich in einer solchen Rezeption der Marxschen Theorie ein Student wieder, der sagt, er studiere nicht nur eines höheren Einkommens und gesundheitlich fördernderer Arbeitsbedingungen wegen, sondern weil ihm seine alte Arbeit nicht gefallen habe. Seine Bedürfnisse werden als im Marxschen Kategoriensystem nicht anerkannte letztlich abgeschoben.

Was konnte wohl ein junger Arbeiter damit anfangen, wenn ihm der sozialistische Theoretiker sagte, er solle, statt zweiten Bildungsweg zu machen, mal in seiner proletarisch-handarbeitenden Existenz verbleiben, da dies die beste Voraussetzung für Klassenbewußtsein sei. Im übrigen müsse er gründlichst den Marx studieren. „Der Kommunismus ist das Leichte, das schwer zu Machende“, meint Brecht. Teile der sozialistischen Intelligenz nahmen vor allem den zweiten Satz ernst und bauten mit den Initiationsriten in die Marxsche Theorie Barrieren in den Köpfen gegen die präzise Wahrnehmung der Realität auf. Im Herumreiten auf der begrifflichen Unterscheidung zwischen dem Oberflächenschein und dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft wurde die unmittelbare Erfahrung des lebendigen Individuums als Quelle möglicher Erkenntnis noch einmal denunziert. In der Form der Theorierezeption wurde häufig die alte Teilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit noch einmal reproduziert.

In einer Phase der kapitalistischen Produktionsweise, wo diese selbst dabei war und ist, das Monopol der herrschenden Klasse auf die geistige Arbeit aufzulösen und dem tradierten Begriff von körperlicher Arbeit durch die Veränderung des Produktionsprozesses in den Boden zu entziehen — worüber jede industriesoziologische Arbeit und jede Studie über Arbeiter- und Angestelltenbewußtsein heute Auskunft gibt —, in einer solchen Phase macht sich eine sozialistische Intelligenz Vorstellungen von Klassenbewußtsein, Krise und Revolution, die ganz auf der Linie der alten Klassentrennung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit liegen, eingeschlossen den Führungsanspruch einer Avantgarde, die das Erkenntnisprivileg hat.

Es ist auch zufragen, was es bedeutet, wenn die bürgerlichen Vorstellungen von der Arbeit und die Formen der entwickelten Wissenschaftlichkeit fragwürdig werden? In der Weimarer Republik gingen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie noch eindeutig davon aus, daß die neu entwickelte Arbeitswissenschaft ebenso wie die Naturwissenschaft klassenneutrale Konzeptionen der Entwicklung der produktiven Kräfte seien. Auf dieser Ebene wurde der Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der Produzenten und den Entscheidungskriterien der Unternehmen nicht definiert. Was heißt es demgegenüber heute für die Frage Klassenbewußtsein, wenn die Arbeiter eines Betriebes, wenn Gewerkschaften davon ausgehen, daß Technik, Naturwissenschaft, Arbeitswissenschaften nicht Wissenschaften im Sinne einer Repräsentation eines gemeinsamen über den Klassen stehenden Interesses an der Entwicklung der Produktivität der Arbeit und des Güterreichtums sind? Was heißt es, wenn Gewerkschaften heute Einfluß auf die Entwicklung der Wissenschaften unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Produzenten fordern? Was heißt es, wenn die Form der Erkenntnisbildung in der Wissenschaft als Expertenwissen, das die

Realität in zu isolierende Faktoren aufteilt, in Frage gestellt wird? Was bedeutet es für die Ökonomie als Wissenschaft, wenn sie jetzt plötzlich Kategorien wie „Qualität des Lebens“, wie „Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit“ in ihr System integrieren soll? Kann sie das? Und was bedeutet es für die Kategorie Klassenbewußtsein, wenn die bürgerlichen Wissenschaften von Reichtumsproduktion Risse und Sprünge bekommen, sich selbst ihrer Sache nicht mehr sicher sind— Marx hätte man durchaus auch anders lesen können: Die Kategorie der abstrakten Arbeit, nach welcher das Individuum reduziert wird auf seine wertschöpfende Tätigkeit, ist eine kritische Kategorie, welche die Dynamik kapitalistischer Entwicklung charakterisiert, ohne gleichzeitig die ihr entgegenstehenden Bedürfnisse konkret im einzelnen und als historisch werdende zu entwickeln. Die Lücken, die auf diese Weise entstehen und wo weitergehende theoretische Arbeit über Marx hinaus geleistet werden muß, wurden nur wenig vermerkt. Dies gilt vor allem für diejenigen, die die Rekonstruktion der Marxsche Theorie sich zur wesentlichen Aufgabe machten. Marx ging schließlich davon aus, daß die kapitalistische Produktion selbst zur Zurückdrängung der unmittelbaren Arbeit als Grundpfeiler des tatsächlichen Reichtums vorangehe und an ihrer Stelle „das Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper — in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums ... als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.“ (15) Damit würden aber Kapitalverwertung und Tauschwert als Vergesellschaftungsformen obsolet. Was ist aber unter solchen historischen Bedingungen unter Krise, Klassenbewußtsein und Klassenkampf zu verstehen?

---

15 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 593